

presse

Nebel behindert den Kampf gegen Aids

Anlässlich der Ankündigung des Entwicklungsministers, die Zahlungen an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria zu stoppen, erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Karin Roth:

Der Bundesentwicklungsminister, ein erklärter Gegner des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM), hat Presseartikel zum Anlass genommen, um die vereinbarten Zahlungen der Bundesrepublik Deutschland an den GFATM zu stoppen. Schnellschüsse aufgrund von Presseartikeln werden zum Kennzeichen dieser Bundesregierung.

Es ist davon auszugehen, dass dem Bundesministerium der Prüfbericht des GFATM vom Dezember 2010 vorlag, wonach in vier Ländern Gelder des Fonds veruntreut wurden. Die Auszahlungen an diese Länder wurden durch den Globalen Fonds selbst umgehend gestoppt.

Die Forderung des Ministers, dass der Fonds unverzüglich Aufklärung schaffen soll, ist absurd, da der Prüfbericht, auf den sich auch die Presse bezieht, vom Globalen Fonds selbst stammt. Bevor Minister Niebel eine so drastische Maßnahme ergreift, hätte er zunächst beim Globalen Fonds zusätzliche Aufklärung fordern müssen. Dies ist offensichtlich nicht geschehen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert den Minister auf, angesichts der vielen Millionen kranken Menschen, die dank des GFATM gerettet werden, umgehend die Zahlungen fortzusetzen.

Die in den Schlagzeilen erhobenen Vorwürfe, dass zwei Drittel der Gelder des GFATM durch Korruption verloren gingen, sind, bisherigen Erkenntnissen nach, völlig aus der Luft gegriffen und eine Verkehrung der vorliegenden Tatsachen. Bei einem Gesamtvolumen der ausgezahlten Mittel von rund 13 Milliarden US-Dollar sind, laut Aussage des GFATM rund 34 Millionen US-Dollar betroffen.

Das heißt, weder zwei Drittel des Fördervolumens des GFATM sind verloren noch wurden die Tatsachen erst durch die Presse aufgedeckt. Es ist offensichtlich, dass es Minister Niebel nicht um die Aufklärung von Korruption geht, sondern um die Diskreditierung des Globalen Fonds.

Minister Niebel, dessen Abneigung gegen den Globalen Fonds bekannt ist, versucht hier einen Fall zu konstruieren, der ihm die Möglichkeit gibt, die Zahlungen an den Globalen Fonds zu reduzieren, so wie er es von Anfang an geplant hat. Dass durch den Zahlungstopp viele Projekte, die faktisch Leben retten, nicht weiterarbeiten können, scheint zu den in Kauf genommenen Kollateralschäden seiner Politik zu gehören.